D-01-184

Eindämmung, Erholung und Erneuerung

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat - Digital
2. Mai 2020

Antragsteller*in: Henrike Hahn (KV München)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 183 bis 187:
Rezession an Vorgaben gekoppelt werden müssen: Wenn Aktienkonzerne Dividenden auszahlen, ~~Unternehmen Firmensitze in Steueroasen haben~~ oder Manager*innen-Boni auszahlen, können sie keine Hilfe vom Staat erwarten. Unternehmen, die in der Krise mit staatlichen Geldern unterstützt wurden und in Zukunft wieder Dividenden auszahlen wollen, müssen diese Hilfen an den Staat zurückzahlen. Unternehmen, die Staatshilfe beantragen, sollten zunächst offenlegen müssen, in welchem Land sie welchen Gewinn machen und wie viele Steuern zahlen. Öffentliche Gelder dürfen unter keinen Umständen dazu beitragen, dass bestehende Steuerschlupflöcher gar geweitet werden.

Begründung

Einreichung im Namen der Europagruppe GRÜNE.

weitere Antragsteller*innen

Niklas Hendrik Nienaß (KV Rostock); Hannah Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Sven Giegold (KV Düsseldorf); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße)